

Generalversammlung 2011 Jahresbericht der Präsidentin

Liebe Mitglieder des Trägervereins

Der überraschende Rücktritt des Gemeindepräsidenten von Feusisberg von letzter Woche hat auch bei uns am See hohe Wellen geschlagen. Was er aufs Tapet gebracht hat, ist vielerorts Gesprächsthema Nummer 1:

Josef Theiler begründete seine sofortige Amtsniederlegung damit, dass im Gemeinderat das Gebot der Rechtsstaatlichkeit nicht eingehalten worden sei, dass die öffentlichen Interessen nicht im Mittelpunkt stehen und dass es an Respekt fehle. Alle Achtung vor seinem Mut, dies alles auch öffentlich zu sagen.

Denn dieselben Grundmängel sind auch bei uns, in der Gemeinde Freienbach, festzustellen. Das Bürgerforum hat sie seit Jahren thematisiert – und sein Rezept zur Lösung dieser Probleme schon in der Bürgerforums-Charta festgelegt:

- Wache Augen und offene Ohren, Informationsaustausch
- Respekt und Verantwortung gegenüber allen, gegenüber *jeder* Person
- beständiger Einsatz für Lebensqualität
- Wahrnehmung unserer Rechte und Pflichten als Bürger

Wir erlauben uns den aufrechten Gang! Zu unseren Markenzeichen gehört das freie Mitdenken und Mitreden in öffentlichen Angelegenheiten.

Das Bürgerforum bringt immer wieder eigene Vorschläge und wehrt sich gegen das Manipulieren und Schönreden von Projekten, wenn diese nachweislich keinen vertretbaren öffentlichen Nutzen bringen. Mit ihrem Amtseid haben die Behörden zwar das Versprechen abgegeben, Diener des Volkes zu sein. Aber wir Bürger sind leider ziemlich oft veranlasst, dies nachdrücklich einzufordern, wenn es unter die Räder der Politmaschine zu kommen droht.

Auch im vergangenen Vereinsjahr konnten Sie, liebe Mitglieder, mitverfolgen, dass uns behördliche Reaktionen von oben herab oder schulmeisterliche Attacken wie an der Gemeindeversammlung vom letzten Frühling nicht eingeschüchtert haben.

Es ist naheliegend, was wirklich hinter dem Schlechreden des Bürgerforums und den laufenden Auskunfts- und Rechtsverweigerungen steckt: nämlich ziemlich viel verständliche Angst vor dem Aufdecken von Missbräuchen. Wir haben gelernt, diese Reaktionen nicht persönlich zu nehmen. Oft stecken die grössten Chancen, einen Schritt weiterzukommen, gerade in Situationen, die für uns eher unangenehm sind: Deshalb haben wir auch 2010 immer wieder sorgfältig abgewogen, wann wir besser abwarten – und sorgfältig Beweise einsammeln – und wann es besser ist, bestimmte Dinge öffentlich zu machen und eigene Impulse zu setzen, wie etwa mit den Schwerpunktthemen unserer Infobroschüren.

Die Unermüdlichkeit des Bürgerforums ist ein Erfolgsrezept: Eins ums andere kommt ans Licht und die öffentliche Diskussion ist freier geworden, seit das Bürgerforum ‚s Muul uufuet‘. Projekte, die sich nicht am Gemeinwohl orientiert hatten, pfeifen aus dem letzten Loch oder sind schon geplatzt. Das juristische Nachhaken hat uns zwar gelehrt, dass die Gewaltentrennung im Kanton Schwyz nicht zuverlässig funktioniert - auch offensichtlichstes Fehlverhalten der Gemeindebehörden wurden von Regierung und Verwaltungsgericht gedeckt. Aber die juristischen Verfahren haben uns doch ermöglicht, an wichtiges, als

„geheim“ deklariertes Hintergrundwissen zu gelangen, das im öffentlichem Interesse steht, und dieses Wissen auch mit unseren Mitteln zu verbreiten.

Auffallend ist, dass uns nun vermehrt Informationen aus dem inneren Kreis der Behörden und Parteien zugesteckt werden, damit wir Missbräuche aufdecken und den Weg für korrektere Abläufe ebnen können. Dabei hilft uns, dass wir nicht gezwungen sind, falsche Rücksichten zu nehmen.

Das Bürgerforum ist eine von vielen ‚Graswurzelbewegungen‘, die nun dank den neuen, unzensurierten Medien überall auf der Welt aus dem Boden schiessen: Die ‚gewöhnlichen Leute‘ fordern ihre bisher verweigerten, verlachten, missbrauchten Rechte ein. Diese Kraft bringt die alten Machthaber ins Wanken - und sei das Regime noch so korrupt und brutal. Die Angst davor nimmt ab. Was aktuell im arabischen Raum geschieht, ermutigt die Menschen auch bei uns. Echte Demokratie wird eingefordert, unüberhörbar, aber mit friedlichen Mitteln. Und sie kann nicht mehr länger verweigert werden. Über diese Entwicklung und diesen Erfolg, auch bei uns, freue ich mich zutiefst!

Ein kleines Beispiel aus unserer Gemeinde:

Ein Vereinsmitglied hat es mit einer Unterschriftensammlung und zusammen mit 20 Einsprechern aus der Nachbarschaft geschafft, dass ein rechtswidriges Gesuch zur Verlegung eines Fussweges beim Hofwäldli abgeblasen wurde. Damit wurden wunderschöne alte Bäume gerettet, die sonst unter dem Vorwand einer Weg-Verlegung sinnlos umgehauen worden wären. Vielleicht erinnern Sie sich an die Rückseite des BF-Info Nr. 4 vom letzten Herbst? Die Bäume wären nur gefällt worden, um einer dort geplanten Überbauung mehr Seesicht zu verschaffen. Pikant hierbei: Gesuchsteller war der Gemeinderat Freienbach.

Zur Vorstandsarbeit 2010

Wir trafen uns im vergangenen Vereinsjahr zu insgesamt 21 Vorstandssitzungen, es fanden mehrere Redaktionssitzungen und diverse Gespräche mit Behördenmitgliedern, amtlichen Stellen und vielen weiteren Personen statt. Wir engagierten uns mittels Einsprachen und Beschwerden für rechtsstaatliche Verhältnisse und sammelten dabei wichtiges Wissen. Im April und September erschienen zwei weitere Ausgaben des BF-Info und vor der Juni-Abstimmung verteilten wir zur Unterstützung der Wiler Bevölkerung einen Flyer über die ‚Fällmistunnel-Chatz-im-Sack‘.

Das Bürgerforum ist im vergangenen Vereinsjahr von den Medien mehr denn je um Stellungnahmen angefragt worden und das Interesse an unseren Aktivitäten reicht weit über die Gemeindegrenzen hinaus, was uns natürlich sehr freut. Dagegen kam der geplante Aufbau eines Netzwerks mit den anderen Bürgerforen im Dreieck SZ/SG/ZH jedoch etwas zu kurz. Im Sommer 2010 gab es zwar eine Vorbereitungssitzung in Rapperswil, aber die Hauptarbeit steht noch bevor. Wenn unter Ihnen, liebe Mitglieder, jemand Lust und freie Kapazitäten hat, so wäre Ihre Mithilfe zu unserer Entlastung sehr gefragt. Der Erfahrungs- und Infoaustausch ist enorm wertvoll und interessant.

Naherholungsgebiet Steinfabrikareal

Vor einem Jahr fand ein zweites Auflage- und Einspracheverfahren zum Steinfabrikareal statt. Das Verwaltungsgericht hatte gegen den Willen des Gemeinderats verlangt, das Verfahren sei wegen schwerwiegender Änderungen gegenüber der ersten Auflage zu wiederholen. – Sie erinnern sich ja: Das Areal hätte trotz klarem Volksentscheid für ein grosses Naherholungsgebiet nun doch zu 2/3 zugebaut werden sollen.

Die Rosinen aus diesem Urteil:

- Es gibt kein Anrecht der Grundeigentümerin auf den dauernden Verbleib des Steinfabrikareals in der Wohn- und Gewerbezone.
- Der Eigentumsschutz wird mit der Umzonungsinitiative nicht verletzt.
- Es besteht kein öffentlicher Bedarf für eine Überbauung.

Ich erhob als Hauptinitiantin auch Einsprache gegen die zweite Auflage und erhielt vom Gemeinderat prompt wieder einen pauschal ablehnenden Entscheid. In diesem baurechtlichen Zusatzverfahren wird uns keine Legitimation für einen Weiterzug ans Verwaltungsgericht zugestanden. Umso mehr schmunzeln wir beim Beobachten, was sich nun vor unseren Augen abspielt:

U.K. Feusi und die Korporation haben, wie bekannt wurde, ihrerseits eine Beschwerde gegen die zweite Auflage an den Regierungsrat und an das Verwaltungsgericht eingereicht; offiziell wollen sie den gemeinderätlichen Minipark-*'Kompromiss'* nicht akzeptieren, sondern das ganze Areal bis an den Rand überbauen. Doch diese Streitposition ist wohl eher eine Show-Einlage: Mit dem juristischen Geplänkel wollen sie den Freienbacher Bürgern wahrscheinlich weismachen, dass Gemeinderat und Korporation keinesfalls unter einer Decke stecken. Zudem wird mit dieser Strategie auf Zeit gespielt, um die Frage der Erschliessung neu zu klären. Die Eigentümerin wollte ja ursprünglich, dass die gesamte Erschliessung mit der gigantischen neuen SBB-Unterführung als Teil der Umfahrungsplanung zu mindestens 70% aus Steuergeldern bezahlt würde. Doch damit ist nun Schluss: Grund zum Schmunzeln Nr. 1 !

An der Frühlingsversammlung 2010 haben die Korporationsbürger ihrem Präsidenten U.K. Feusi bewilligt, dass er für sein exklusives Kaufrecht bis nach der Umzonungsabstimmung keinen Rappen Miete mehr zahlen müsse. Und – wir schmunzeln zum zweiten Mal – die Korporationsbürger haben einem bis ins Jahr 2020 gleichbleibend tiefen Baurechtszins zugestimmt. Damit ist aber auch niet- und nagelfest, dass sich die Grundeigentümerin für den Fall einer Überbauung für 99 Jahre mit dem kapitalisierten Ertrag von nur 30 Millionen zufrieden gibt. Ein prima Argument für die Umzonung des ganzen Areals: landauf und landab findet sich für die öffentliche Hand keine günstigere Chance, Land am See zu erwerben. Das ist eine Steilvorlage für unsere Initiative. Wir danken sehr!

Für den Fall, dass – wie vom Gemeinderat angekündigt – 2011 nur die Minipark-Umzonungsvorlage des Gemeinderates zur Abstimmung kommt, reiche ich als Haupt-Initiantin selbstverständlich Stimmrechtsbeschwerde ein, weil dann der Bürgerentscheid vom 26.11.2006 krass missachtet würde. Allerdings – und das ist nun neu – schlage ich dem Gemeinderat dazu vor, seine Variante als Gegenvorschlag, und die erste Auflageversion als Initiativvorlage zur Abstimmung zu bringen. Damit würde eine weitere juristische Ausmarchung von selbst entfallen, und es könnte viel Zeit und Geld gespart werden. Es gäbe eine freie Wahl zwischen Initiative und Gegenvorschlag. Unsere Argumente sind stark!

In den letzten Wochen hat der Vorstand zudem erste Vorbereitungen getroffen, um für den Erwerb des Steinfabrikareals auch private Stifter und Spender zu kontaktieren. Möglicherweise wächst daraus ein Standortförderungsprojekt nach dem PPP-System: (Public/Private-Partnership), zu Deutsch: einige Private und die öffentliche Hand beteiligen sich an den Kosten, weil ein so ideal gelegenes Naherholungsgebiet die ganze Gemeinde Freienbach aufwertet und damit langfristig auch von wirtschaftlichem Interesse ist.

Raumplanung

Die öffentliche Meinung hat sich 2010 immer mehr gegen die Auswüchse unserer Siedlungsentwicklung gewendet. Die Medien brachten kritische Artikel wie noch nie, z.B. zur Abwanderung vieler Familien und des Mittelstandes aus der Region. Auch unsere Kommentare und Fragen und die BF-Infos haben zu einer weiteren Sensibilisierung beigetragen. Es wird Zeit, dass die Vernunft der Bürger der wahnhaften Entwicklung Grenzen setzt – auch unseren Kindern und Enkeln zuliebe. Denn diese müssen ja schliesslich auslöffeln, was sich die Gemeinde Freienbach raumplanerisch eingebrockt hat.

Doch die Behörden spielen weiterhin Vogel Strauss: Im letzten Jahr haben sie sogar die vorberatende Kommission für die gesetzlich vorgeschriebene, längst überfällige Zonenplanrevision aufgelöst und die anstehende Gesamtrevision einfach auf Eis gelegt.

Anstelle einer echten *Raumplanung*, die für das ganze Gemeindegebiet gilt, will der Gemeinderat zuerst einzelne isolierte Teilzonenpläne zur Abstimmung bringen. Diese betreffen aber ausgerechnet den Flaschenhals der Churerstrasse und Schützenstrasse Pfäffikon. Damit würden für die ganze übrige Zonenplanung vollendete Tatsachen und grosse Einschränkungen geschaffen:

- mit dem *„städtebaulichen Konzept“* und dessen Verdoppelung der Ausnutzungsziffer, massiver Verletzung von Rechtsnormen, Falschaussagen bezüglich Verkehr, etc. Und es sind nicht die geringsten Gegenleistungen für private Profite vorgesehen...
- und mit der Aufzoning der *„Birchweid“*, die vorgeblich dem kostengünstigen Wohnungsbau dienen soll, aber effektiv ermöglichen will, dass die unüberbauten Reserven in sämtlichen Zonen für öffentliche Bauten und Anlagen privat überbaut werden könnten für sogenannt *„überwiegend soziale Zwecke“* ...

Wir haben diese Sachverhalte gründlich studiert und unsere Argumente vorgebracht. Meine Einsprache, eingereicht am 8. Februar 2010 zum Teilzonenplan Pfäffikon, hat der Gemeinderat wiederum abgelehnt und mit 300 Franken Verfahrenskosten belegt. Dabei hätten unsere wohlbegründeten Hinweise und Warnungen dem Gemeinderat sicherlich viel Mühsal ersparen können, wenn er darauf eingegangen wäre. Eine erste unangenehme Quittung erhielt er ja bereits durch die erfolgreiche Beschwerde von Werner und Walter Duss. Das Verwaltungsgericht hat nun wegen rechtswidriger Vorgänge an der letzten Gemeindeversammlung eine erneute Traktandierung und Abstimmung am 15. April angeordnet.

Ich erlaube mir hier ein bisschen Prophetie und sehe in meiner Glaskugel ein peinliches Abstimmungsfiasko zur über Jahre durchgezwängten Stadtplanung Pfäffikon.

Auch die Birchweid-Umzonung wird von den Bürgern durchschaut werden, trotz intransparenter und irreführender Behörden-Info. Wir bereiten uns darauf vor, falls nötig auch bei diesem Geschäft die Hintergründe aufzuzeigen.

Einzelinitiative Umzonung Zeughaus

Im letzten Herbst habe ich Sie über die Zeughaus-Initiative orientiert. Sie regt an, das Zeughaus von der WG4-Zone in eine Zone für öffentliche Lebensqualität, Kultur und Gemeinschaftsaktivitäten umzuzonen. Der Gemeinderat hat die Initiative als gültig erklärt und eine erste Besprechung fand am 25. November statt mit der Auskunft, dass die *Armasuisse Immobilien* als Besitzerin des Zeughaus-Areals dem Gemeinderat einen 50-60jährigen Baurechtsvertrag mit gestaffelten Zinsen unterbreiten werde, und zwar für die Varianten *„Kaltmiete“*, *„erweiterte öffentliche Nutzung“*, *„spekulative Nutzung gemäss Zone WG4“*. Dieser Vorschlag treffe etwa im März 2011 ein. Über den Inhalt würde ich dann im Mai orientiert, und auch darüber, wie der Gemeinderat dazu denkt. Sein Desinteresse an einer Abzonung des Zeughausareals hat der Gemeinderat aber bereits klar signalisiert,... kommt uns das nicht irgendwie bekannt vor?

Laut Gesetz muss innert Jahresfrist über die Initiative abgestimmt werden. Wie schon angekündigt, werde ich einen Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe lancieren, sobald uns die Informationen aus dem Gemeindehaus erreichen und wir Genaueres wissen. Es würde mich natürlich riesig freuen, wenn aus dem Kreis des Trägervereins wieder – wie schon beim Steinfabrikareal – eine Gruppe kräftig mitmachen würde. Bitte melden Sie sich bei mir, falls Sie sich beteiligen möchten. Herzlichen Dank!

Standortförderung

Der Begriff der *„Standortförderung“* hat im Kanton Schwyz eine spezielle Schlagseite: mit öffentlichen Geldern sollen schwerpunktmässig ausländische Firmen aus dem Finanzsektor angelockt werden, um die vielen jetzt schon leeren Büroräume aufzufüllen. Der Kanton, der Bezirk und auch die Gemeinde Freienbach sehen in ihren Budgets entsprechende Lockvogelbeiträge vor. Ein Ablehnungsantrag unseres Mitglieds Walter Heusser an der Bezirks- und an der Gemeindeversammlung vom Dezember 2010 ist an den Parolen der Parteien leider gescheitert, mit dem Resultat, dass wir Bürger nun via Steuergeld Werbung für leerstehende private Bürogebäude finanzieren.

Die wirkliche Bedeutung des Begriffs *„Standortförderung“* wird mit einem solchen Verständnis natürlich ad absurdum geführt. Den *„Standort fördern“* müsste doch heissen, die Gemeinde Freienbach nachhaltig attraktiver, schöner, lebenswerter, farbiger zu machen: Im Vorstand haben wir schon einige Varianten angedacht, wie eine solche Art von Standortförderung aussehen müsste. Gerne holen wir hierzu im Rahmen des Tätigkeitsprogramms 2011 auch Ihre Ideen und Beiträge ein.

Verkehrsplanung

Staunen Sie auch, mit welcher Unverfrorenheit nach dem klaren Urnenentscheid zu Fällmistunnel und Vollanschluss Halten vom 13. Juni 2010 das Theater „*die grosse Ratlosigkeit*“ aufgeführt wird – und dies mit kecker Selbstbedienung an Projektkredit-Millionen, die angeblich noch aus der Umfahrung Pfäffikon übrig sind? Wer hat denn dieses Geld für die ohne uns beschlossene Umfrage freigegeben? Wir fragen uns ernsthaft, mit welcher Begründung Gemeinde und Kanton rechtfertigen wollen, die Umsetzung des Abstimmungsresultate via ‚*Telefonumfragedialog*‘ auf die lange Bank zu schieben.

Die Ausgangslage ist klar: Sowohl Fällmistunnel, als auch Umfahrung Pfäffikon sind definitiv vom Tisch. Der Fällmistunnel aufgrund des klaren Volksentscheids, die Umfahrung wegen den altbekannten absurden Grundvoraussetzungen.

Das Bürgerforum hat schon im Juni 2010 Rechenschaft über die – für was auch immer – verbrauchten Gelder und die – wie auch immer – vollbrachten Planungsleistungen verlangt. Ebenso verlangten wir Auskunft über die Auftragserteilung und die kalkulierten Kosten dieser dubiosen Telefonumfrage. Wir besuchten Ende November Regierungsrat Othmar Reichmuth, den Nachfolger des – mitten in seiner Amtszeit ausgeschiedenen – Regierungsrats Bösch, und baten um Offenlegung. Doch eine Antwort wurde uns bis heute verweigert. Grund für die Geheimhaltung: einmal mehr „*das laufende Verfahren*“. Wir fordern an der sogenannten Dialogveranstaltung vom 23. Februar, also nächste Woche, vollständige Rechenschaft.

Aber nicht nur uns, auch der IPG (Interdisziplinäre Planungsgruppe), seit 20 Jahren für die Verkehrsplanung vor den Karren gespannt, wurden detaillierte Auskünfte verweigert. Nachdem sie jahrelang als Feigenblatt für eine angebliche Bürgerbeteiligung herhalten mussten, wird es nun auch den IPG-Mitgliedern langsam unwohl. Wie sollen sie denn ihre Sitzungsgelder gegenüber der Bevölkerung rechtfertigen, nachdem sie doch so gar nichts wirklich zu sagen haben und man ihnen auch noch jegliche geforderte Information vorenthält?

Hängig ist noch die Beschwerde von Walter Heusser zur Tunnelverlängerung der Umfahrung Pfäffikon vor Bundesgericht. Und eine Berichtigung zu den irreführenden Medienmitteilungen über meine Bundesgerichtsbeschwerde zu den Abstimmungen vom Juni 2010 steht im nächsten BF-Info: Hier nur in Kürze die Pointe: Gegen den Persilschein des Verwaltungsgerichts über die irreführenden Abstimmungsvorbereitungen habe ich vor Bundesgericht keine Beschwerde eingelegt – wie fälschlicherweise in den Medien mitgeteilt - sondern nur gegen die Kosten des Verfahrens vor Verwaltungsgericht und eine Entschädigung der Gegenpartei.

Ich wollte nämlich nicht riskieren, dass bei einem Entscheid des Bundesgerichts zu meinen Gunsten der klare Volksentscheid möglicherweise als ungültig erklärt würde – was nochmals Wasser auf die Mühlen des unseligen VOH-Konstrukts bedeutet hätte. Da mussten Vor- und Nachteile sehr sorgfältig abgewogen werden. Das Verfahren gab uns jedoch die Möglichkeit, die VOH-Verstrickungen und Verfehlungen wie in einer Chronik festzuhalten. Unsere Beschwerdeschriften sind nach wie vor auf der Webseite des Bürgerforums zu lesen. Sie haben nichts an Aktualität eingebüsst.

Wir erleben jetzt gerade den letzten Akt dieses Theaters. Es ist unvermeidlich, dass schliesslich die ganze Wahrheit ans Licht kommen muss. Das in ein schwarzes Loch verschwundene Steuergeld muss zurück in die öffentliche Kasse und die offenen Fragen sind zu beantworten. Wir bleiben dran.

Ausblick und Dank

Es gäbe noch viel zu berichten über das Jahr 2010, ich habe in meinem Bericht nur gerade die wichtigsten Themen streifen können. Zusammenfassend kann ich erfreut darauf hinweisen, dass sich bei vielen Anliegen Morgenrot zeigt am Horizont: Es gibt sogar einige Lichtblicke bezüglich Kontakt mit Mitgliedern des Gemeinderats.

Vieles ist dank den Impulsen aus Ihrem Kreis leichter und eleganter geworden und wir vom Vorstand haben vor, im neuen Vereinsjahr einige sehr attraktive Projekte in Angriff zu nehmen. Machen Sie mit, und motivieren Sie weitere Leute aus Ihrem Bekanntenkreis zur Mitarbeit. Schauen Sie nach auf unserer Webseite und stöbern Sie wieder einmal unsere Infos durch (auch diese sind auf unserer Website aufgeschaltet). Und melden Sie sich, wenn Sie ein Anliegen haben oder etwas zur *„Freienbacher Graswurzelbewegung“* beitragen möchten.

Liebe Trägervereinsmitglieder, es ist grossartig, immer wieder auf Sie zählen zu dürfen! Ihre Erfahrungen und Ihr Wissen, Ihre sachlich wertvollen Hinweise und Ihr aktives Mithelfen, z.B. beim Verteilen des BF-Infos, Ihre vielen grosszügigen Spenden und Ihre Ermutigungen sind unersetzlich und einfach prima. Ganz herzlichen Dank an Sie alle, und natürlich ganz besonders an meine Vorstandskollegen Walter Heusser, Franziska Eicher, Josef Bachmann, Köbi Brändli und Peter Odermatt mit denen die Zusammenarbeit sehr lehrreich, vielfältig und in jeder Beziehung gewinnbringend und wertvoll ist.

Besten Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Pfäffikon, 15. Februar 2011

Irene Herzog-Feusi
Präsidentin des Bürgerforum-Trägervereins